

XXIV.GP.-NR
Nr. 66 /Pet.
22. Nov. 2010

Abgeordneter zum Nationalrat
Erwin Preiner

An Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag.^a Barbara Prammer
Parlament
A-1017 Wien

Wien, 18.11.2010

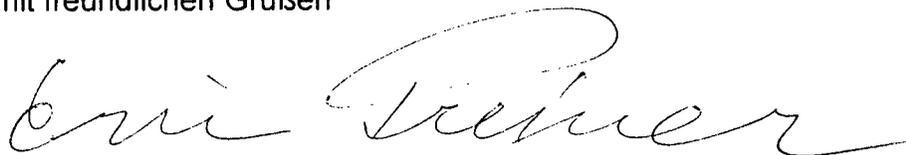
Sehr geehrte Frau Präsidentin!

In der Anlage überreiche ich Ihnen gem. § 100 (1) GOG-NR die Petition betreffend

**„Initiative für die Änderung des Mineralrohstoffgesetzes von 2001 und der
Deponieverordnungen“.**

Mit der Bitte um geschäftsordnungsmäßige Behandlung dieser Petition verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen



Anlage

Seite 1/5

Neudorf/Parndorf, 17.11.2010

Petition - Offener Brief

**Bürgerinitiativen Neudorf und Parndorf
gemeinsam mit den politischen Gemeinden
Neudorf und Parndorf**

Bürgerinitiative Neudorf

*Obmänner
Dr. Wolfdieter Skodler, Badstr. 15
Mag. Felix Miletsch, Unt. Hauptstr. 14
2475 Neudorf*

Bürgerinitiative Parndorf

*Obmann
Stefan Rainer
Hauptstr. 52a
7111 Parndorf*

Gemeinde Neudorf

*Bgm. Stefan Mikula
Untere Hauptstraße 2
2475 Neudorf*

Gemeinde Parndorf

*Bgm. Ing. Wolfgang Kovacs
Hauptstr. 52a
7111 Parndorf*

**Betreff: Petition - Initiative für die Änderung
des Mineralrohstoffgesetzes von 2001
und der Deponieverordnungen**

Die Bürger der Region Neusiedler See führen seit mittlerweile 18 Jahren einen Kampf gegen die Errichtung einer Reststoffdeponie. Obwohl sich alle politischen Gremien des Landes und der Gemeinden gegen das Projekt ausgesprochen haben, ist die gesetzliche Ausgangslage sehr problematisch. Die Ursache dafür liegt im Mineralrohstoffgesetz und der Deponieverordnung, die das demokratische Mitspracherecht einer Region verhindern.

Seite 2/5

Die Bürgerinitiativen fordern daher die Bundesregierung zu einem Initiativantrag zur Änderung des Mineralrohstoffgesetzes und in der Folge den Nationalrat auf, eine sofortige Novelle zur Änderung dieses Mineralrohstoffgesetzes zu beschließen, dass die sogenannten grundeigenen mineralischen Rohstoffe (Schotter, Kies, Sand,...) nicht gegen die Interessen und der Zustimmung des Landes, der Gemeinden und der Bürger des ausgewiesenen Gebietes abgebaut werden dürfen.

Die **Parndorfer Platte** – ein ökologisch und Grundwassersensibles Gebiet darf nicht weiter durch Schotterlobbyisten ausgebeutet und belastet werden. Die durch den Abbau entstandenen Gruben und Krater dürfen nicht zum Endlager von kontaminierten Baurestmassen bzw Reststoffen werden.

Der Gleichheitsgrundsatz kommt nicht zum Tragen, da die Abbaulobbyisten in einem verfassungsrechtlich bedenklichen Gesetz bevorzugt werden und dadurch Konflikte mit betroffenen Bürgern wegen der natur- und menschenverachtenden Vollziehung des Mineralrohstoffgesetzes durch die Bergbehörden hervorgerufen werden.

Ungehemmter privilegierter bergrechtlich genehmigter Abbau von Massenrohstoffen durch Einzelinteressen der Schotterabbauer führt zur irreversiblen Landschafts- und Umweltschäden der durch weitere Folgenutzungen verschärft wird. Am Ende eines längeren Zeitabschnittes wird eine Region, wie die **Parndorfer Platte** unbewohnbar. Wir fordern die Politiker auf, schnellstens zu handeln und das Mineralrohstoffgesetz so zu ändern, dass die Region der Parndorfer Platte lebenswert und für den Wirtschaftsstandort und die Bevölkerung attraktiv bleibt.

Aus Anlass des Konfliktes zwischen der geplanten Reststoffdeponie der AVE in Neudorf auf der einen Seite und den Bürgerinitiativen Neudorf und Parndorf sowie den politischen Gemeinden Neudorf und Parndorf und dem Land Burgenland auf der anderen Seite fordern wir folgendes:

- *Die Gemeinden der Parndorfer Platte und des Seewinkels, die Bürgerinitiativen, sämtliche Anrainer und das Land Burgenland sollen bei künftigen Genehmigungen für den Schotterabbau ihre Zustimmung erteilen müssen.*

Seite 4/5

- *Mögliche Abbaustandorte müssen so ausgewählt werden, dass sie mit den Interessen der Raumplaner, der Gemeinden, des Landes, der Flora, Fauna, des Grundwassers, der Landwirtschaft, der Flächenwidmung und der typischen Landschaftscharakteristik in Einklang stehen müssen.*
- *Die entstehenden Gruben müssen nach dem Schotterabbau einer landwirtschaftlichen Nutzung, wie dies bis in die 1990iger Jahre üblich war, rückgeführt werden*
- *Ein generelles Deponie-Verbot von Reststoffen auf der sensiblen Parndorfer Platte und des Seewinkels muss gesetzlich verankert sein.*
- *Der Abbau muss lückenlos aneinander und nicht inselhaft erfolgen dürfen.*
- *Der Abstand der Abbaustätten zum Wohngebiet darf auch bei späteren Erweiterungen den Mindestabstand von min. 300m nicht unterschreiten. Bei Unterschreitung müsste ein sofortiger Abbaustopp ausgesprochen werden und eine Rückfüllung mit selbem Material erfolgen*

Wir wollen unseren Lebensraum auf der Parndorfer Platte, des Seewinkels und des Neusiedler Sees nicht durch Reststoffe vergiftet wissen, sondern auch unseren Kindern und Nachfahren lebenswert erhalten. Daher fordern wir, die unterfertigten Vertreter der Bürgerinitiativen Neudorf und Parndorf sowie die politischen Vertreter derselben Gemeinden und der im Bgld. Landtag vertretenen Parteien:

- *den Stopp des rücksichtslosen Abbaus von Schotter und Kies sowie die Verhinderung der Genehmigung von Deponien aller Art auf der Parndorfer Platte und des Seewinkels*
- *dass der Bgld. Raumordnungsplan und der Landschaftsentwicklungsplan des Burgenlandes für die Parndorfer Platte und den Seewinkel mit maximal 15% der Gesamtabbaufläche befolgt und damit das Gesamtausmaß begrenzt werden muss und für etwaige Folgeprojekte auch bindend ist.*
- *Dass die Interessen der Gemeinden, des Umweltschutzes und der Nachbarschaft zwingend zu beachten sind*

Seite 4/5

- Dass weitere Defizite des Mineralrohstoffgesetzes im Rahmen der parlamentarischen Beratungen aufzugreifen sind und Verbesserungen eingearbeitet werden.

Die Initiative der Gemeinden Neudorf und Parndorf gegen das Mineralrohstoffgesetz und die Deponieverordnungen dürfen nicht als isoliertes Problem der beiden Gemeinden betrachtet werden. Immer wieder entstehen bundesweit ähnliche Probleme, da die derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen keine wirksame Mitsprache der betroffenen Gemeinden und Bevölkerung zulassen. Die politischen Vertreter sind daher aufgefordert, eine Änderung dieser gesetzlichen Grundlagen im Interesse der Bevölkerung zu beschließen.

Wir ersuchen um Stellungnahme zu unserer Petition und danken für Ihre wohlwollende Behandlung unseres Themas.

Mit besten Grüßen

Die Vertreter der Bürgerinitiativen und der Gemeinden von Neudorf und Parndorf

BI Neudorf – Obmänner

Dr. Wolfdieter Skodler
Dr. Wolfdieter Skodler

Mag. Felix Miletich
Mag. Felix Miletich

BI Parndorf

Stefan Rainer
Obmann Stefan Rainer

Gemeinde Neudorf

Stefan Mikula
Bürgermeister Stefan Mikula



Ing. Wolfgang Kovacs
Bürgermeister Ing. Wolfgang Kovacs

Petition ergeht an:

Seite 5/6

Petition ergeht an:

Original:

An die Präsidentin des Nationalrates der Republik Österreich

Mag. Barbara Prammer

Kopien:

An den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend

Dr. Reinhold Mitterlehner

An den Bundesminister für Land- u. Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

DI Nikolaus Berlakovich

An die Parlamentsclubs sämtlicher im Nationalrat vertretenen Parteien

SPO Parlamentsklub

Klubobmann Dr. Josef Cap

ÖVP Parlamentsklub

Klubobmann Karlheinz Kopf

FPÖ Parlamentsklub

Klubobmann Heinz-Christian Strache

Grüne-Parlamentsklub

Klubobfrau – Dr. Eva Glawischnig

BZÖ Parlamentsklub

Klubobmann – Karl BuchnerAn den Burgenländischen **Landeshauptmann Hans Niessl**An den **Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Steindl**

An die im Burgenländischen Landtag vertretenen Parteien

Seite 6/6

An den **Präsidenten** des Burgenländischen Landtages **Gerhard Steier**

An den Landtagsclub der SPÖ – **Klubobmann Christian Illedits**

An den Landtagsclub der ÖVP – **Klubobmann Ing. Rudolf Strommer**

An den Landtagsclub der FPÖ – **Klubobmann Johann Tschürtz**

An die Partei der Grünen – **Obmann Michel Reimon**

An die Partei FBL – **Obmann Manfred Köfly**

An den **Landesumweltanwalt** des Burgenlandes **Mag. Herman Frühstück**
